

BfT-Newsletter 30.09.21 / Presse Highlights Bundestagswahl & Politik(er) 2021 spezial Teil 3 - Nach der Wahl - und am Ende: Hass, Hetze ... Zensur, initiiert durch unsere Bundesregierung

Liebe Mitstreiter und Freunde,

eigtl. wollte ich es mit Teil 2 zum Thema Politik gut sein lassen, aber dann wurde mir klar, wenn wir Informationen und Kommentare vor der Wahl gebracht haben, ist desgleichen nach der Wahl im Grunde zwingend. Anbei also erstmal die Wahlergebnisse als Graphiken, es folgen jeweils Analysen und Kommentare von uns und anderen / den Medien.

Dabei gilt es natürlich zu beachten, dass wir Bürger für Technik politisch unabhängig sind, aber nicht blind sein wollen gegenüber relevanten politischen, gesellschafts- & bildungspolitischen ... Themen!

D.h.: (1) Bei uns darf man Mitglied jeder demokratisch zugelassenen Partei sein und muss das auch nicht verstecken. (2) Wir lassen uns aber von keiner Partei oder anderen Lobbyisten vor den Karren spannen. (3) Wir äußern uns zu Sachthemen und beziehen klar, faktenbasiert, Stellung, wenn wir dies für richtig halten, gegen Lügen und Ideologien, die wir für falsch (für unser Land) halten.

Demzufolge analysieren und kommentieren wir die Wahlergebnisse mit angezogener Handbremse.



Anders als von mir prognostiziert, ist die SPD der Wahlgewinner, mit 25,7% vor CDU/CSU mit 18,9% + 5,2% bei einer Wahlbeteiligung von 76,6% (2017: 76,2%). Die SPD wird voraussichtlich mit Scholz den Bundeskanzler stellen, wenn dieser sich mit Grünen und FDP oder der CDU auf eine Koalition einigt. Aber es könnte ein Pyrrhussieg sein, denn mit ersteren will er als erstes verhandeln und könnte dabei gezwungen sein, große Zugeständnisse an Grüne und FDP zu machen, um zu verhindern, dass diese in der zweiten Runde mit der CDU, dem eigentlichen Wahlverlierer, die dritte mögliche Koalition schnüren, so dass die SPD dennoch in der Opposition wäre.

CDU/CSU stürzen mit 24,1% auf ein Rekordtief, aber lange nicht so tief wie von den professionellen mit 18% vorausgesagt, ich liege hier mit meinen 25% deutlich besser, wie auch leicht besser für die FDP auf Platz 4 mit 11,6%, sowie für die Linke, die mit 4,9% nur dank der Direktmandate von drei anderen alten Recken - Gregor Gysi und Gesine Löttsch in Berlin sowie Sören Pellmann in Leipzig - als Fraktion in 4,9% Stärke in den Bundestag einziehen und den sonstigen Parteien, die alle, einschl. Freie Wähler und Die Basis an der 5%-Hürde scheitern - für die SSW mit 0,1% gilt diese nicht.

Die Grünen verbessern sich, wie von uns beiden gleich gut geschätzt, auf fast 15% also deutlich gegenüber der letzten Bundestagswahl, erreichen aber nicht weit über 20%, wie lange Zeit von allen Meinungsforschungsinstituten prognostiziert, sondern landen ca. 10% hinter SPD und CDU und FDP auf dem dritten Platz. Die AfD erreicht mit 10,3% nur den 5 Platz und damit deutlich weniger, als von mir geschätzt und 2,3% weniger als 2017, als sie drittstärkste Kraft im deutschen Bundestag wurde.

Das sind die Fakten, nicht vermischt mit meiner persönlichen Meinung, also so wie es sein sollte, man es aber in den (deutschen) Medien heutzutage eher selten findet, es folgt mein Kommentar, ergänzt durch die unabhängigen Analysen / Kommentare von Reitschuster & Co. in separater Datei: Somit liege ich mit meiner Prognose mit 4:2 vorne, nur bei SPD und AFD lag ich deutlich daneben.

Dass die SPD trotz Esken, Lauterbach, Kühnert etc. so deutlich gegenüber 2017 zulegen konnte - auf gut 25% - gegenüber früher um die 40% immer noch kein gutes Ergebnis für eine Volkspartei, aber man wird ja bescheiden ... sehe ich wie andere als „Scholz-Effekt“: Dieser hat es geschafft, den Focus der Wahl auf sich als seriösen und verlässlichen Finanzminister zu lenken, das Sicherheitsbedürfnis (vor oder gar Tausch gegen Freiheit) vieler Bürger anzusprechen, Esken und Co. haben den letzten Monat vor der Wahl ziemlich konsequent einfach die Klappe gehalten ... jedoch, ist Scholz tatsächlich der seriöse „Saubermann“? Hätte er die Wahl auch gewonnen, wenn die Hausdurchsuchungen in Hamburg u.a. in der Privatwohnung des ehemals führenden SPD-Politikers Kahrs wegen der Cum-Ex Affäre, speziell dem Verschenken einer zweistelligen Summe von veruntreuten Steuergeldern an eine Bank, statt zwei Tage nach der Wahl kurz vor dieser erfolgt wären? Vermutlich wäre zwei Tage vor der Wahl, so wie seinerzeit in Schleswig-Holstein bei der sogenannten Barschel-Affäre (eigtl. eine Engholm-Pfeiffer-Affäre, denn Pfeiffer entpuppte sich später als Doppelagent für die SPD, das wurde aber nachher kleingehalten und Barschel eliminiert, als er auspacken wollte - ach nein, es war ja Selbstmord, auch wenn der leitende Staatsanwalt aufgrund der vorliegenden Indizien anderer Meinung war) noch unfairer gewesen, da man, also hier Scholz, keine Chance mehr gehabt hätte, sich zu rechtfertigen. Andererseits trägt Scholz hierfür wenn nicht die persönliche, dann zumindest die politische Verantwortung, schließlich war er in der Zeit Oberbürgermeister von Hamburg. Zudem stellt sich die Frage, ob man die Hausdurchsuchungen absichtlich verzögert hat.

Interessant auch die (so unsere Beobachtung - MLi und ULi) gezielte Stimmungsmache gegen Laschet vor, wie nach der Wahl, sogar innerhalb seiner eigenen Partei CDU aus NRW mit der „Vertrauten von Röttger“ und aus der Söder-CSU - sollte da ein zu unabhängiger, falscher Kandidat verhindert werden und Söder doch noch ins Kanzleramt gehievt werden? Mit dem Zurückbleiben hinter der SPD ist ein Kanzler Söder, der in „Corona“-Zeiten vom erbittertesten innerparteilichen Widersacher zum treuesten Vasallen Merkels sein Fähnchen umschwenkte, deutlich unwahrscheinlicher, aber noch nicht unmöglich geworden ... wir werden sehen und haben bei BfT sicherlich einen breiten Konsens, dass es sehr gut für Deutschland ist, dass es weder eine Kanzlerin Baerbock, noch eine Rot-Grün-Rote Regierung geben wird - tatsächlich hat ja das „bürgerliche Lager“ aus CDU, FDP und AFD eine Mehrheit, die aber wegen der Ausgrenzung der AFD nicht zum Tragen kommen wird.

Dazu lässt sich objektiv feststellen, dass die Grünen mit 14,8% der abgegebenen Wählerstimmen keine Volkspartei geworden sind. Berücksichtigt man noch die Nichtwähler, so haben ihnen trotz der Dauer-Propaganda in unseren mainstream-Medien nur ca. 11% der Bevölkerung zugestimmt, dass Klima-Wandel / -Katastrophe, also deren Abwendung mit Deutschland als weißem Ritter, der todesmutig voranreitet, wichtiger als alles andere ist. Die Grünen haben also keinesfalls den Auftrag von den deutschen Bürgern erhalten, alles in unserem Land Klima- und Energie-ideologisch umzukrempeln, wie miss Baerbock gerade behauptet.

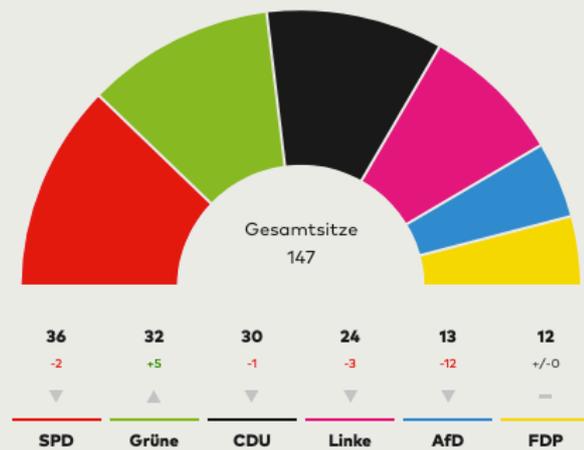
Wir - BfT und Partnervereine - sollten dies in einer Petition an SPD, CDU/CSU und FDP klarstellen, und die Fortsetzung einer sicheren Energie-Versorgung mit einem bewährten Mix aus konventionellen und „erneuerbaren“ Energien fordern: Solarenergie und Windräder können Kohle und Kernenergie nicht ersetzen! Gerade im Winter scheint die Sonne zu schwach, und der Wind weht nur selten dann besonders stark, wenn man es bräuchte. Es fehlen Speichermöglichkeiten jetzt und auch in naher Zukunft (20 Jahre) in großer Menge, die aber unerlässlich sind, um die Zeiten der Dunkelflaute zu überbrücken und auch die Stromtransport-Trassen sind für so große Belastungen bis auf weiteres nicht ausgelegt.

Bleibt die Frage, ob sich die neue Regierung schnell konstituieren wird - wir hoffen / glauben ja, so dass Merkel schnell abgelöst wäre als geschäftsführende Kanzlerin, unserem Land nicht weiter schaden würde, wagen aber keine Prognose, was für eine Regierung wir bekommen werden. Interessant auch, dass doch eigtl. die CDU - SPD Koalition wenn auch mit umgekehrtem Kräfteverhältnis im Amt bestätigt wurde - das erste Mal, das der Juniorpartner von Merkel nicht durch die Parlamentswahl stark dezimiert und dann ausgetauscht wurde.

LANDTAGSWAHLEN

BERLIN

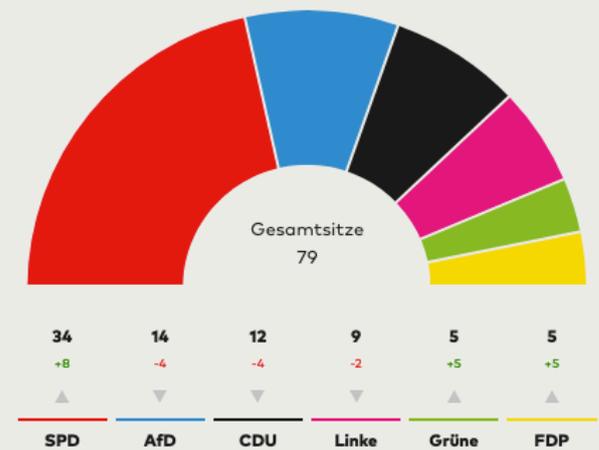
Vorl. Endergebnis Wahlbeteiligung: 75,7%



Differenzen: Vergleich zur Abgeordnetenhauswahl 2016

MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorl. Endergebnis Wahlbeteiligung: 70,8%



Differenzen: Vergleich zur Landtagswahl 2016

Die Ergebnisse in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern haben natürlich lange nicht die Relevanz wie die Bundestagswahl, daher zu diesen nur so viel: In Mecklenburg-Vorpommern siegt die SPD mit Stimmenzuwächsen deutlich, vor AfD, CDU, Linken, gefolgt von Grünen und FDP, so dass Ministerpräsidentin Schwesig mit einem Koalitionspartner - CDU oder Linke weiter regieren wird. In Berlin hat die SPD offenbar trotz Verlusten besser als die Grünen abgeschnitten - unter dem Vorbehalt, dass aufgrund des Wahlchaos in Berlin sicher die Wahl in einigen Bezirken wiederholt werden wird - so dass die Rot-Rot-Grüne Regierung ihre Arbeit mit Giffey anstelle von Müller als Oberbürgermeister fortsetzen wird, dazu hat das gleichzeitig mit den Wahlen erfolgte Referendum in Berlin zu dem Ergebnis geführt, dass große Wohnungsvermietungsgesellschaften (mit mehr als 3000 Wohnungen) enteignet werden sollen - ist aber nicht bindend für die Politik.

Mein Kommentar: Gut, dass die SPD vor den Grünen liegt, also mit Giffey die Oberbürgermeisterin stellen wird, denn die will Berlin nicht in eine utopische Öko-Zukunft führen. Für viele Menschen ist es eine ideologische Chaos-Politik, die Rot-Rot-Grün in Berlin macht, und erwartungsgemäß wurde die Mietpreisbremse von den Gerichten als rechtswidrig kassiert, mit schlimmen Folgen für Mieter, die nicht damit gerechnet hatten, dass ihre Regierung ein rechtswidriges Gesetz beschlossen hat und jetzt nicht wissen, woher sie tausende Euro an Mietnachzahlungen nehmen sollen. Nichtsdestotrotz hat offenbar eine deutliche Mehrheit der Berliner Bürger ein „weiter so“ gewählt - wie auch in Mecklenburg-Vorpommern, was ich nicht weiter kommentiere, weil ich hierzu neutral bleiben möchte und auch nicht alles kommentieren muss. Bzgl. der mehrheitlich geforderten Enteignung in Berlin muss man kein Prophet sein, um vorauszusagen, dass auch das kein gutes Ende bringen wird, wenn es durchgesetzt wird. Die Investitionen in Wohnraum in Berlin werden dadurch zurückgehen, d.h. Wohnraumverknappung und Mietpreise ansteigen und die Entschädigungssummen werden wie beim rechtswidrigen Merkelschen Atomausstieg nach Urteilen der Gerichte sehr viel höher sein, als von Rot-Rot-Grün propagiert.

Viele Grüße

Dr. Martin Lindner

Vorsitzender Bürger für Technik e.V.

Supported und Freigegeben von

Eckehard Goering

Vorstand Bürger für Technik e.V.

ps Auf dem Weg ins Fitness-Studio dachte ich, dass ich eigtl. ein Vorzeige-Grüner bin - seit meiner Jugend passionierter Fahrradfahrer, trenne seit meiner Studentenzeit sorgsam meinen Müll und habe in meinem Garten so viele Bäume und Sträucher, dass ich sicherlich eine (positiv-)negative CO₂ Bilanz habe (verbrauche mehr, als ich erzeuge), jedoch stehe ich auf Fakten, will keine grünen Ideologie-Utopien und anstatt dass die Enkel ihren Großeltern mit ihrem Erfahrungsschatz zuhören, belehren sie diese mit dem, was ihnen in ihrer grünen Blase eingetrichtert / indoktriniert wurde.

<https://www.welt.de/politik/bundestagswahl/article233991486/Bundestagswahl-Der-naechste-Kanzler-hat-eine-historisch-schwache-Startposition.html> 26.09.21 von [Claudia Kade](#) Ressortleiterin Politik Bundestagswahl - **Mickriger Kanzler-Rückhalt, riesige Aufgaben – jetzt kommt die Zeitenwende** ([vorausschauender Kommentar am Tag der Wahl, vor Bekanntgabe des Ergebnisses](#))

Auf 25-Prozent-Niveau hat in Deutschland bisher niemand versucht, eine Koalition und damit die nächste Bundesregierung auf die Beine zu stellen. Deshalb kann sich Deutschland der Regierungsstabilität in den kommenden vier Jahren nicht mehr ganz so sicher sein.

Knapp wird es wohl am Sonntag, spannend und womöglich auch [unübersichtlich](#) – und: Der Wahlabend wird aller Voraussicht nach eine Zeitenwende in Deutschland bringen. Wir können uns der Regierungsstabilität, die wir – bei allen schwarz-roten Streitereien – erlebt haben, nicht mehr ganz so sicher sein in den kommenden vier Jahren.

Nicht etwa, weil die Kanzler-Anwärter Olaf Scholz (SPD) und Armin Laschet (CDU) Hallodris wären, das sind sie ja nicht, ganz im Gegenteil. Aber weil sie, nach allem, was die letzten Umfragen nahelegen, einen denkbar schwachen Start haben werden, wenn sie sich jeweils an einer Regierungsbildung versuchen. Rein zahlenmäßig schon, da geht es jetzt erstmal gar nicht um parteiinterne Verwerfungen oder Richtungsquerelen. Einfach rein rechnerisch.

Bleibt es in etwa bei einer Wahlbeteiligung auf dem Niveau von 2017, dann werden rund 47 Millionen Menschen ihre Stimme abgeben – und wenn die [Umfragen](#) nicht völlig daneben liegen, können Scholz und Laschet jeweils damit rechnen, für SPD und für CDU/CSU je ein Viertel dieser Stimmen zu holen. Das wären elf bis 12 Millionen. In einem Land von 83 Millionen Menschen.

Für die SPD wäre das im Vergleich zu 2017 eine Verbesserung, für die Union ein steiler Absturz. Aber es gilt: Auf derart mickrigem 25-Prozent-Niveau, mit derart geringem Rückhalt in der Bevölkerung, hat in Deutschland bisher niemand versucht, eine Koalition und damit die nächste Bundesregierung auf die Beine zu stellen.

Hinzu kommt, dass anders als 2017 vergleichsweise machtvolle potenzielle Koalitionspartner in den Startlöchern stehen: Die Grünen dürften doppelt so stark abschneiden wie 2017, auch die FDP könnte wieder zweistellig werden. Die Kräfteverhältnisse sind nicht mehr so eindeutig wie vor vier Jahren. In der [„Schlusrunde“](#) von ARD und ZDF mit Spitzenvertretern aller sieben im Bundestag vertretenen Parteien ließ sich das am Donnerstagabend auch erkennen. Wie Laschet immer wieder den Blick von FDP-Chef Christian Lindner suchte, wie der CSU-Vorsitzende Markus Söder bei Lindners Sätzen wohl dosiert nickte. Und Lindner dann auch mit seinem Bekenntnis zur schwarz-grün-gelben Jamaika-Option die Unionsmänner beruhigte.

Wie Scholz gegen Ende die Hoffnung aussprach, dass es vielleicht ja doch noch für ein Zweier-Bündnis mit den Grünen reichen könnte – damit, das sagte er natürlich nicht, ihm das Gezerre mit zwei selbstbewussten Verhandlungspartnern, die jeweils noch andere Optionen hätten, erspart bliebe. Welche konkreten Zahlen uns am Sonntagabend erwarten, ist unklar. Aber klar ist: Der nächste Kanzler muss aus einer historisch schwachen Startposition ein [Regierungsbündnis](#) schmieden, das den unterschiedlichen Ausstiegs- und Wechseloptionen der einzelnen Partner standhält und zugleich die gigantischen Reformaufgaben anpackt, die liegengeblieben sind. Er muss Schwäche in Stärke verwandeln.

[Unser Kommentar](#): Sehr guter, angenehm sachlicher Kommentar und Giffey würde nach dem, was sie im Folgenden sagt, eine echte Verbesserung für Berlin sein, wenn sie sich den durchsetzen kann, gegen Grünen-Frontfrau Jaraschs „erzwingen radikal vernünftiges Handeln“, s. <https://gruene.berlin/wahl-2021>
<https://www.welt.de/politik/deutschland/plus233108573/Wahl-in-Berlin-2021-Franziska-Giffey-fordert-Angebote-statt-Verbote.html> 13.08.2021 Von [Sabine Menkens](#), [Nikolaus Doll](#) - **Franziska Giffey „Leben runterfahren, weil sich einige dem Impfen verweigern? Akzeptiere ich nicht“**

Berlins SPD-Spitzenkandidatin Giffey sagt, wie sie sich im Kampf ums Rote Rathaus von der bisherigen rot-rot-grünen Koalition absetzen will. Die autofreie Innenstadt nennt sie „völlig wirklichkeitsfremd“. Und: Der Lockdown sei als Instrument der Corona-Bekämpfung überholt.

WELT: Frau Giffey, es fällt auf, dass Sie vor allem zum derzeitigen grünen Koalitionspartner in Frontstellung gehen. Bereiten Sie im Falle Ihres Wahlsiegs einen Richtungswechsel hin zu einer Deutschland-Koalition mit CDU und FDP vor? ... (welt+)

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article234126522/Berlin-Rot-rot-gruener-Druck-auf-Giffey-steigt-aus-ihrer-eigenen-SPD.html> 29.09.21 Von [Sabine Menkens](#) Politik-Redakteurin - Künftige Berliner Regierung - **Rot-rot-grüner Druck auf Giffey steigt – aus ihrer eigenen SPD**

Viele Berliner Sozialdemokraten wollen Wahlsiegerin Franziska Giffey vor den Koalitionsverhandlungen auf eine Fortsetzung von Rot-Rot-Grün pochen. Ein Drittel der Kreisverbände spricht sich dafür aus. Die Linke beschwört gar das „Erbe“ von Giffey-Vorgänger Michael Müller (SPD). ... Die SPD-Landeschefin war im Wahlkampf mit einem betont bürgerlich-pragmatischen Programm der Mitte angetreten, beim Thema Bauen, Verkehr und Sicherheit waren von ihr teilweise wortgleich die gleichen Formulierungen zu hören wie von CDU-Chef Kai Wegner. Spekulationen über eine möglicherweise bevorstehende Deutschland-Koalition mit CDU und FDP schossen deshalb ins Kraut – auch, weil Giffey sich nie auf eine Koalitionsaussage festgelegt hat. ...

[Unser Kommentar: Möglich wäre es ja, ein Bündnis SPD-CDU-FDP in Berlin, aber auch angesichts der viel deutlicheren Mehrheit für SPD-Grüne-Linke eher unwahrscheinlich ...](#)

Im Folgenden Pleiten, Pech und Pannen, sowie über die Wahlverlierer - über die schreibt sich offenbar besser als über die Gewinner ... dann internationale Pressstimmen, sowie **in separater Datei** anbei die allgemeinen Kommentare von **Reitschuster** sowie **Kissler** von der Neuen Züricher, etc. - die können deutlich freier als wir kommentieren, und tun das wie ich finde sehr gut / treffend.

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article234033564/Bundestagswahl-Chaos-in-Wahllokalen-in-Berlin-Hier-sind-keine-Wahlzettel-mehr.html> 27.09.21 Von [Wolfgang Büscher](#), [Lennart Pfahler](#) „Berlin kriegt es nicht hin“ - **Chaos in Berliner Wahllokalen – „Hier sind keine Wahlzettel mehr“**

„Dieser Senat, diese Verwaltung, diese Regierung ist ein Witz“. WELT-Chefredakteur Ulf Poschardt berichtet über seinen missglückten Versuch, in der rot-rot-grün regierten Landeshauptstadt wählen zu gehen. So wie ihm ging es heute wahrscheinlich vielen Berlinern.

In Berlin finden drei Wahlen und ein Volksentscheid statt, zudem ein Marathon. Das sorgt für Chaos. Wartende sind frustriert: Denn an mehreren Orten sind die Stimmzettel ausgegangen. Man müsse die „Wahl unterbrechen“, heißt es in einem Wahllokal gar. ... Die Wahlleitung habe die Polizei angefordert, da Unruhe drohe. „Die kommt aber erst mal auch nicht. Das kann dauern“, so der Wahlleiter. ... Die Schlangen werden immer länger. Überlegt werde bereits, die Stimmabgabe über 18 Uhr hinaus zu verlängern. Wahlhelfer erklärten am Nachmittag: „Sie können warten, Sie können später wiederkommen. Wir telefonieren seit Stunden, es heißt, die Zettel sind unterwegs, kommen aber wegen des Marathons nicht durch.“ ... Um 15 Uhr sagte ein Wahlhelfer zu Wartenden: „Wir haben Leute auf Fahrrädern zum Bezirksrathaus geschickt, damit sie Wahlzettel holen.“ Man wolle das Wahllokal wieder eröffnen, sobald die Wahlzettel eintreffen. Immer wieder verließen Wähler jedoch das Wahllokal, etwa weil sie zur Arbeit mussten. Manche wollen später wiederkommen und noch einmal versuchen, ihre Stimme abzugeben. Andere gingen wütend und mit sarkastischen Bemerkungen fort. ... Der Sprecher der Landeswahlleitung in Berlin, Geert Baasen, sagte dem [„Tagesspiegel“](#), er könne sich die Engpässe nicht erklären. „Wir haben für 110 bis 120 Prozent der Wahlberechtigten Stimmzettel drucken lassen.“

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article234030814/Bundestagswahl-Sichtbare-Kreuzchen-Armin-Laschet-macht-Fehler-an-der-Wahlurne.html> 26.09.21 **Armin Laschet macht Fehler an der Wahlurne** - Im Blitzlichtgewitter hat Unionskanzlerkandidat Armin Laschet (CDU) seinen Wahlzettel in die Urne gesteckt. Dabei konnte jeder sehen, wo er sein Kreuzchen gemacht hat. Eigentlich hätte der Wahlleiter einschreiten müssen, seine Stimme ist trotzdem nicht ungültig. ...

<https://www.welt.de/politik/bundestagswahl/article234045056/CDU-arbeitet-Wahl-Niederlage-auf-Erdbeben-und-Albtraum.html> 27.09.21 **Bundestagswahl** **Peter Altmaier**

„Ergebnis konnte ich mir nicht in den schlimmsten Albträumen vorstellen“

[Unser Kommentar: Und daran hat gerade Herr Altmaier selbst wohl einen großen Anteil, als Mitläufer einer von vielen Bürgern fernen Politik](#)

Die Union hat die Wahl verloren – und erwägt trotzdem eine Regierungsbeteiligung. Sachsens Ministerpräsident Kretschmer hält das für einen Fehler und nennt die Verluste der Partei ein „Erdbeben“. Auch Peter Altmaier zeigt sich intern schockiert über das Abschneiden.

In der Union hat die Aufarbeitung des historisch [schlechten Wahlergebnisses](#) begonnen. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) sprach angesichts der starken Verluste der CDU von einem ausgesprochen schlechten Wahlergebnis. „Wir haben ein Ergebnis, das ich mir vor wenigen Monaten noch nicht einmal in den schlimmsten Alpträumen vorstellen konnte“, sagte Altmaier am Montag in Berlin vor Beratungen des CDU-Vorstands.

Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) kritisierte das Verhalten seiner Partei nach Bekanntwerden des Ergebnisses. Das Abschneiden sei ein Erdbeben gewesen und habe eine ganz klare Wechselstimmung gegen die CDU gezeigt, sagte er am Montagmorgen bei MDR Sachsen. Das müsse man sich ganz klar eingestehen. Ihm erschließe sich deshalb die Haltung im Adenauer-Haus in Berlin nicht, von einem Regierungsauftrag zu sprechen, sagte Kretschmer. Diese Linie liege genau auf dem bisherigen Kurs, der zum Absturz der Union geführt habe, und sei nicht zukunftsfähig.

CDU-Kanzlerkandidat Armin Laschet hatte am Wahlabend den Auftrag zur Regierungsbildung für sich reklamiert. Nach dem vorläufigen Ergebnis stürzte die CDU/CSU nach 16 Jahren Regierungszeit von Kanzlerin Angela Merkel mit 24,1 Prozent auf ein Rekordtief.

Den Erfolg der AfD in Sachsen, die erneut stärkste Kraft wurde und zehn von 16 Direktmandaten holte, schrieb Kretschmer Fehlern in der Bundespolitik zu, vor allem bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie. Dort habe Sachsen näher an den Menschen agiert und sich etwa gegen Kita- und Schulschließungen entschieden. Dieser Weg sei aber durch die Bundesnotbremse gestoppt worden. Kretschmer bedauerte, dass sich durch die zahlreichen Verluste von CDU-Direktmandaten im Freistaat die Möglichkeiten zur Mitgestaltung für Sachsen auf Bundesebene deutlich verschlechterten. Zuvor hatte sich auch CDU-Wirtschaftsminister Linnemann kritisch zur Reaktion seiner Partei geäußert. Er habe Sorge, „dass durch die Konzentration auf die Regierungsbildung die Aufarbeitung innerhalb der Partei hintenüberfällt“. Das Ergebnis sei für die CDU „ein Schlag in die Magengrube. Das dürfen wir nicht beschönigen, sondern müssen die richtigen Schlüsse daraus ziehen.“

Der stellvertretende CDU-Vorsitzende und Gesundheitsminister Jens Spahn plädiert für einen Generationswechsel in seiner Partei. „Dieses Ergebnis werden wir aufarbeiten müssen“, sagte Spahn dem „Spiegel“. „Die nächste Generation nach Angela Merkel muss jetzt dafür sorgen, dass wir im nächsten Jahrzehnt zu alter Stärke finden. Die Leute dafür haben wir. Wir müssen sie jetzt in Verantwortung bringen.“

Niedersachsen CDU-Vorsitzender Bernd Althusmann sieht ebenfalls Veränderungsbedarf. „Ich glaube, wir werden inhaltlich, organisatorisch und für die Zukunft vielleicht auch personell uns so aufstellen, dass wir [Bundestagswahlen](#) gewinnen können“, sagte er am Montag in Berlin vor Beratungen der Spitzengremien seiner Partei über den Ausgang der [Bundestagswahl](#). „Wir werden das Wahlergebnis mit Demut annehmen müssen. Der Wähler hat gesprochen. Er wollte offensichtlich zum Teil einen Wechsel.“

Werteunion fordert Rücktritte von Laschet und Söder

Auch die ultrakonservative Werteunion fordert eine umfassende personelle Neuaufstellung. „Vorstand und Parteivorsitzende von CDU und CSU“ – also Armin Laschet und Markus Söder – „müssen die Konsequenzen aus dem Wahldebakel bei der Bundestagswahl vom 26. September 2021 ziehen und mit sofortiger Wirkung zurücktreten“, erklärte der Zusammenschluss von Unionsmitgliedern in der Nacht zum Montag. Die Vorstände sollten von allen Mitgliedern der Union – und nicht nur Delegierten – neu gewählt werden.

Nach dem schlechten Abschneiden der Union bei der Bundestagswahl gilt es nun für die Partei, den Absturz aufzuarbeiten. Davor steht allerdings die Einsicht. **Dr. Thomas Vitzthum, politischer Korrespondent der WELT**, spricht von einer „gewissen **Realitätsverweigerung**“.

In der 16-jährigen Kanzlerschaft Angela Merkels habe die Union „einen fatalen Linkskurs eingeschlagen“ und sei nun erstmals seit Langem nicht stärkste Kraft. „Der Bundesvorstand hat diesen Kurs mitgetragen und das jetzige Wahldebakel mit zu verantworten“, hieß es. Sollte es zu Koalitionsverhandlungen der Union mit anderen Parteien kommen, fordere die Werteunion eine Regierungsbildung ohne Beteiligung der Grünen.

<https://www.welt.de/politik/bundestagswahl/article234040756/Bundestagswahl-Nur-noch-Kernklientel-das-Plateau-der-AfD-erodiert.html> 26.09.21 Von [Matthias Kamann](#) Politikredakteur [Bundestagswahl](#)
Schmerzhafte Verluste - Nur noch bei der Kernklientel erfolgreich - das Plateau der AfD erodiert

AfD-Bundeschef Tino Chrupalla zieht ein positives Fazit: „Wir sind gekommen um zu bleiben, das haben wir heute bewiesen.“

Erneut muss die AfD feststellen, dass sie nicht über die Stammwählerschaft hinauswachsen kann. Erheblich sind die Verluste in Berlin, spürbar im Bund. Das Ergebnis dürfte die Zerstrittenheit der Partei verschärfen – zumal bald ein neuer Parteivorstand gewählt wird.

Für den Spitzenkandidaten war es „ein solides Ergebnis“. Begeistert zeigte sich Tino Chrupalla am Sonntagabend nicht, aber der Co-Parteichef der AfD war zufrieden, dass seine Partei eine „starke Stammwählerschaft“ habe. „Sicherlich“, ergänzte Chrupalla im ZDF, „schmerzen auch die Verluste“.

Abermals musste die AfD am Sonntag feststellen, dass sie nicht über ihre bisherige Kernwählerschaft hinauswachsen kann und ihr Plateau von Erosionen betroffen ist. Erheblich waren diese [bei der Wahl in Berlin](#), spürbar im Bund und in Mecklenburg-Vorpommern. Die Resultate waren für den anderen Parteichef Jörg Meuthen „kein großer Sieg, keine fundamentale Niederlage“.

Keine Relevanz außerhalb der Stammklientel ...

[Unser Kommentar: Politik-Redakteur Kamann schafft es leider nicht Fakten und sein persönliches Wunschdenken in seinem Artikel, der nicht als Meinung gekennzeichnet ist, zu trennen - das ist beschämend für eine Qualitätszeitung und sollte Konsequenzen nach sich ziehen. Tatsache ist, dass dies allenfalls für einen Teil von Deutschland gilt, in Sachsen und Thüringen ist die AfD flächen-deckend zur stärksten, also Volkspartei aufgestiegen und hat auch fast alle Direktmandate gewonnen.](#)

3 Leser-Kommentare:

- Ich kenne, einige die bei der letzten Wahl die AfD wählten. Die haben bei der aktuellen Wahl die CDU oder FDP gewählt um RRG zu verhindern.

- Trotz massiver Versuche der Medien die AfD zu verteufeln, schaffte sie die 10 Prozent Grenze

- Ich bin kein Fan der AfD, aber nach 4 Jahren Dauerbeschuss durch Politik und Medien ist das schon ein beachtliches Ergebnis.

<https://www.welt.de/politik/bundestagswahl/article234048420/Wahl-Fruerehere-Linken-Hochburg-in-Berlin-geht-an-die-CDU.html> 27.09.21 [Bundestagswahl](#) **Petra Pau verliert- Überraschung in roter Hochburg – Ost-Berliner Bezirk geht an die CDU**

Seit der Wiedervereinigung gewann die Linke immer das Direktmandat im Wahlkreis Marzahn-Hellersdorf. Bei dieser Bundestagswahl ist nun alles anders. Auch bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus und der Bezirksverordnetenversammlung erleidet die Partei Verluste.

<https://www.welt.de/politik/bundestagswahl/article234044504/Linke-sichert-sich-mit-drei-Direktmandaten-Einzug-in-Bundestag.html> 27.09.21 [Bundestagswahl](#) **Dank der Direktmandate - Linke fällt unter fünf Prozent – und zieht dennoch in den Bundestag ein**

Die Linkspartei ist eine der Verliererinnen der Wahl; die Partei verlor rund vier Prozent. Das hat erkennbare Gründe, sagt WELT-Reporter Deniz Yücel. Einer hängt mit der Reizfigur Sahra Wagenknecht zusammen, die mit ihren Auftritten auf youtube, ihrem Buch, etc. sowohl positiv wie negativ gewirkt habe.

Obwohl die Linke knapp an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert ist, wird sie trotzdem in den Bundestag einziehen. Hintergrund ist die sogenannte Grundmandatsklausel: Erreicht eine Partei drei oder mehr Direktmandate, erfolgt eine Mandatsvergabe nach Zweitstimmenergebnis, auch wenn dieses unter fünf Prozent liegt. Die Linke hat mindestens drei Direktmandate geholt.

Die Abgeordneten Gregor Gysi und Gesine Löttsch in Berlin sowie Sören Pellmann in Leipzig verteidigten ihre Direktmandate. Dagegen verlor die Berliner Abgeordnete Petra Pau ihr Direktmandat ebenso wie das bisherige fünfte Direktmandat der Linken in Berlin. ... Die Linke, damals noch PDS, hat davon schon einmal von der Grundmandatsklausel profitiert: 1994 kam sie auf nur 4,4 Prozent der gültigen Zweitstimmen, bekam dann aber wegen vier Direktmandaten auch 26 weitere Abgeordnete, die über Landeslisten einzogen.

Die Parteispitze hat eine bedingungslose Analyse der Wahlschlappe und eine Neuaufstellung der Partei angekündigt. Diese „schwere Niederlage“ verstehe sie als „letzte Chance“, die Partei nach vorne zu entwickeln, sagte Linken-Chefin Susanne Hennig-Wellsow am Montag in Berlin. Die Linke müsse sich aus ihrer Sicht „neu erfinden“.

Auch das Spitzenkandidatenduo Janine Wissler und Dietmar Bartsch forderte Konsequenzen aus dem Wahlergebnis. Dieses sei ein „schwerer Schlag“ für die Linke, sagte Wissler. Es müsse jetzt darum gehen, „die kommenden vier Jahre zu nutzen und die Partei neu aufzustellen“. Die Linke müsse deutlich machen, dass sie die Partei der sozialen Gerechtigkeit sei. Bartsch zeigte sich überzeugt, dass die Ursache für die Niederlage nicht im Wahlkampf liege, sondern „grundsätzlicher Natur“ sei. Ein Faktor sei auch gewesen, dass die Partei in den vergangenen Jahren vielfach ein „Bild der Zerrissenheit“ abgegeben habe. Bartsch forderte im ARD-„Morgenmagazin“, es müsse „tabulos“ über inhaltliche, strategische und auch personelle Fragen gesprochen werden.

Lesen Sie hier weitere Analysen zur Bundestagswahl (dpa/vu):

Bundestagswahl 2021 (welt+) [Eigentlich müsste sich die CDU in der Opposition erholen, sie ist erledigt](#)

Historisches Debakel [Kernschmelze oder Opposition – Laschets Union übt den Kadavergehorsam](#)

Koalitionsbildung (welt+) [Und damit steckt Scholz in der Bredouille](#)

Kurs Richtung Jamaika? [Jetzt ist die große Frage, was Lindner aus diesem Erfolg macht](#)

Enttäuschendes Wahlergebnis (welt+) [Gemessen an der grünen Rhetorik ein Debakel. Und jetzt ist Habeck am Zug](#)

So titelte die Welt und andere das Ende der Ära Merkel:

<https://www.welt.de/wirtschaft/article234047660/Bundestagswahl-So-denkt-die-Wirtschaft-ueber-das-Ende-der-Aera-Merkel.html> 27.09.21 **Von Carsten Dierig Wirtschaftskorrespondent - So reagiert die Wirtschaft „Der Standort hat unter Angela Merkel stetig an Attraktivität verloren“**

Nach dem schlechten Abschneiden der Union bei der Bundestagswahl gilt es nun für die Partei, den Absturz aufzuarbeiten. Davor steht allerdings die Einsicht. Dr. Thomas Vitzthum, politischer Korrespondent der WELT, spricht von einer „gewissen Realitätsverweigerung“. Die Wirtschaft ist über das schwache Ergebnis der Linkspartei erleichtert. Große Jubelstürme bleiben aber aus. Eine Umfrage von WELT zeigt, wie gespalten Unternehmer über das Ende der Ära Merkel denken.

... und die (internationale) Presse:

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article234044492/Presse-zur-Bundestagswahl-CDU-ist-inhaltlich-leer-und-personell-ausgezehrt.html> 27.09.21 **Deutschland Presse zur Bundestagswahl - „Die gedankliche Armut in allen wichtigen Zukunftsfragen war mitleiderregend“**

„Deutschland wird so weitermachen wie bisher“, glaubt die „New York Times“ nach der Bundestagswahl. Das „Handelsblatt“ sieht Scholz schon als tragischen Helden – und der SWR rechnet mit der Laschet-CDU ab. **Ein Überblick über die Pressestimmen (aus aller Welt)**

Die SPD gewinnt deutlich dazu und könnte den nächsten Kanzler stellen. Die Union stürzt ab. Die Ära Merkel ist endgültig zuende. Wird jetzt alles anders? Die internationale Presse ist skeptisch. Die deutschen Medien beschäftigt auch das [schwache Grünen-Ergebnis](#).

„New York Times“, USA: „Deutschland wird so weitermachen wie bisher“

„Es hätte ein Neuanfang sein können. Angesichts einer Reihe von drängenden Herausforderungen, wie der zunehmenden Ungleichheit, der maroden Infrastruktur und dem fortschreitenden Klimawandel, war die Wahl eine Chance für das Land, einen besseren, gerechteren Kurs für das 21. Jahrhundert einzuschlagen. Stattdessen steckt Deutschland fest. Frau Merkel mag vielleicht gehen. Doch das Deutschland, das sie kultiviert hat - vorsichtig, zurückhaltend, abgeneigt gegenüber großen Veränderungen - wird so weitermachen wie bisher.“

Der Wahlkampf gab uns erste Hinweise. Normalerweise versuchen die Kandidaten für das höchste politische Amt, sich so weit wie möglich von den Amtsinhabern zu distanzieren, um die Überlegenheit ihrer Vision für das Land zu demonstrieren. Doch in Deutschland wetteiferten die Hauptkandidaten darum, den zentristischen Politikstil von Frau Merkel zu imitieren. Immerhin hat sie vier aufeinander folgende Wahlsiege errungen.“

Unser Kommentar: Ja, es steht gar nicht gut um Deutschland - Deutschland am Abgrund nach 16 Jahren Merkel ... Wirtschaft, Krankenhäuser / Pflegebereich ... „Energiewende“, 2015, und dann noch die Covid-19 Lockdowns ... die Hoffnung stirbt zuletzt - hoffen wir, dass ihr Nachfolger das Ruder rumreisst, mit beherzter, mehrfacher Wende, angefangen mit der Wiederherstellung einer sicheren Energieversorgung anstelle von Klima-Utopien, der Erkenntnis, dass wir alleine die Welt nicht retten können, unsere Ressourcen auch nur begrenzt sind ... aber wirklich zuversichtlich sind wir nicht - es geht auch noch tiefer - s. z.B. Morgenthau-Plan.

<https://www.welt.de/wirtschaft/article234047660/Bundestagswahl-So-denkt-die-Wirtschaft-ueber-das-Ende-der-Aera-Merkel.html> 27.09.21 **Von Carsten Dierig Wirtschaftskorrespondent - So reagiert die Wirtschaft „Der Standort hat unter Angela Merkel stetig an Attraktivität verloren“** (fortgesetzt)

Unternehmer und Wirtschaftsverbände geben sich erleichtert, dass es nach der [Bundestagswahl](#) keine Mehrheit für eine rot-grün-rote Bundesregierung gibt. Das zeigt eine aktuelle WELT-Umfrage. „Es bleibt also genug Spielraum für Vernunft und eine Koalition von Fortschritt und Modernisierung“, sagt zum Beispiel Martin Herrenknecht, der Gründer und Vorstandsvorsitzende des gleichnamigen Herstellers von Tunnelbohrmaschinen. „Nur mit einer starken Zukunftsagenda werden Deutschland und die Bürgerinnen und Bürger zu echten Gewinnern.“ Wichtiger Teil einer solchen Zukunftsagenda muss nach Ansicht der Firmenchefs die Wirtschaftspolitik werden. „Die möglichen Koalitionäre sollten im Sinne unseres Landes nun die Grundlage dafür schaffen, dass Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik unter den Vorzeichen der Globalisierung und [Digitalisierung](#) mehr Gewicht bekommen als bislang“, fordert etwa Nicola Leibinger-Kammüller, die geschäftsführende Gesellschafterin des Werkzeugmaschinen- und Lasertechnikherstellers Trumpf. Angesichts der großen Aufgaben für eine Industriemodernisation im Strukturwandel müsse der Koalitionsvertrag eine starke wirtschaftspolitische Handschrift tragen und dabei auch die besondere Rolle inhabergeführter Unternehmen berücksichtigen. Die würden schließlich die Wirtschaft im Wesentlichen schultern. „Wachstumsimpulse statt höherer Steuern muss die Devise sein“, verlangt die Unternehmerin ...

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article234044492/Presse-zur-Bundestagswahl-CDU-ist-inhaltlich-leer-und-personell-ausgezehrt.html> 27.09.21 **Deutschland Presse zur Bundestagswahl**

„Die gedankliche Armut in allen wichtigen Zukunftsfragen war mitleiderregend“ (fortgesetzt)

„Taz“: „Grüne wirkten überfordert“

„Es wäre unterkomplex, Baerbock allein die Verantwortung für das Ergebnis zuzuschieben. Die Grünen als Ganzes wirkten in einem Wahlkampf, der von der Konkurrenz und manchen Medien brutal gegen sie geführt wurde, manchmal überfordert, manchmal argumentierten sie mit Spiegelstrichen aus der Trotzecke heraus, fielen also in eine Haltung zurück, die sie eigentlich ablegen wollten. Ein Beispiel war die Woche im Juni, in der sie die Veröffentlichung der ersten Plagiate in Baerbocks Buch mit ‚Rufmord!‘-Gebrüll konterten – was kurze Zeit später nur noch lächerlich wirkte.“

„The Age“, Australien: „Wenig Begeisterung“

„Deutschland steht vor wochenlangen, wenn nicht monatelangen Verhandlungen über die Nachfolge von Angela Merkel als Kanzlerin. Es war eine knappe Wahl, bei der die Wähler wenig Begeisterung für die Kandidaten gezeigt haben, die um die Führung der größten Volkswirtschaft Europas kämpfen. Merkel, die in ihrer 16-jährigen Amtszeit als Königin von Europa und mächtigste Frau der Welt bezeichnet wurde, wird bis zur Bildung einer neuen Koalition an der Macht bleiben. Ihre große Popularität hat sich nicht in einer Unterstützung für ihre Mitte-Rechts-Partei, die Christlich Demokratische Union (CDU), und deren Kanzlerkandidaten Armin Laschet niedergeschlagen. (...) Aber letztlich wird keine der großen Parteien mit ihrem Ergebnis zufrieden sein.“

SWR: „Laschets Ergebnis ist ein Desaster“

Laschets Ergebnis dagegen ist ein Desaster. Und legt gleichzeitig die ganze Malaise der Partei offen: Inhaltlich leer, personell ausgezehrt, innerlich zerrissen - eine CDU, in der sich Bewahrer und Modernisierer gegenseitig neutralisieren. Dabei hätten die Konservativen aus ihren Erfahrungen in Baden-Württemberg lernen können: Eine Partei, die dem Machterhalt alle inhaltliche Erneuerung unterordnet, ist kein attraktives Angebot für Wählerinnen und Wähler.“

ZDF: „Grüne und Liberale können Kanzler ausmachen“

„Am Ende dieses Wahlabends wissen wir mit Gewissheit nur, dass die Ära Merkel zu Ende geht. Das Wahlvolk hat Deutschland heute in ein Patt geschickt und sich für einen schwachen Kanzler entschieden, egal, ob er Scholz, was heute Abend wahrscheinlicher ist, oder Laschet heißen wird. Es gibt dafür jetzt gleich zwei Zünglein an der Waage. Spitz gesagt: Grüne und Liberale können jetzt miteinander ausmachen, wer unter ihnen Kanzler wird.“

„NZZ“: Laschets Verhandlungsbasis ist schwach

„Aus liberaler Perspektive könnte man versucht sein, das Jamaica-Modell der SPD-geführten Ampel vorzuziehen. Union und FDP wollen schließlich beide einen effizienteren Staat und weniger Bürokratie für die Wirtschaft, und beide haben Steuererhöhungen ausgeschlossen. Bei der Ampel könnten zwei linke Parteien, die für das Gegenteil stehen, die Liberalen in die Zange nehmen. (...)

Wer weiß, vielleicht kommt Olaf Scholz der FDP am Ende so weit entgegen, dass die Kompromisse in der Summe mehr überzeugen als das, was Armin Laschet mit den Grünen aushandeln könnte.

Denn so viel steht fest: Annalena Baerbocks Traum vom Kanzleramt mag implodiert sein, aber das Ergebnis ihrer Partei ist laut den bisherigen Hochrechnungen so stark wie nie. Ihre Parteibasis wird entsprechende Erwartungen an sie und Robert Habeck haben, einen Koalitionsvertrag auszuhandeln, der so grün ist wie keiner zuvor. Und wenn einer in einer schwachen Verhandlungsposition ist, dann Armin Laschet, der seiner Partei voraussichtlich das schlechteste Wahlergebnis der Geschichte eingebrockt hat.“

„Handelsblatt“: „Scholz könnte zum tragischen Helden werden“

„Scholz könnte zum tragischen Helden werden. Es gibt genug Kräfte bei den Grünen, die lieber eine Jamaika-Regierung mit der FDP und der Union eingehen wollen. Die Strategen sehen darin die Chance, die SPD als größte linke Kraft in vier Jahren abzulösen. Denn hinter Scholz wird die Bundestagsfraktion von dem Jungsozialisten Kevin Kühnert dominiert. Die beiden Wahlsiegerinnen Franziska Giffey in Berlin und Manuela Schwesig in Mecklenburg-Vorpommern stehen für einen SPD-Kurs wie ihn Olaf Scholz am liebsten einschlagen würde. Aber im Süden der Republik haben die Grünen den Roten schon längst den Rang abgelaufen. Dort regieren sie mit der CDU. Das hätten sie in Bayern auch schon gerne gemacht.“

„FAZ“: „Grüne in der Rolle des Oberkellners“

„Die Grünen hatten mehr erwartet, schließlich hatten sie erstmals die Kanzlerkrone als Wahlziel ausgegeben. Manch erfahrener Berater hatte gewarnt, weil die Nominierung eines Kanzlerkandidaten zur Bürde werden kann, die das Werben um die Stimmen belastet. Annalena Baerbock hat das schnell zu spüren bekommen, jeder ihrer Fehler wog doppelt schwer. Daran gemessen, sind die Grünen wohl noch gut davongekommen. Sie haben eine gute Chance, nach 16 Jahren Opposition in die Regierung zu ziehen – aber wieder als Kellner, nicht als Koch, um Gerhard Schröders Bonmot zu bemühen. Da sie deutlich vor der FDP liegen, haben sie immerhin die **Rolle des Oberkellners**.“

„Wall Street Journal“, USA: Status quo statt Neuausrichtung in Deutschland

„Die deutschen Wähler haben am Sonntag gesprochen, und nun müssen sie wochenlang warten, bis ihnen jemand sagt, was sie gesagt haben. Die Ergebnisse sind ein Kuddelmuddel, und eine komplexe Koalitionspolitik wird darüber entscheiden, welchen Weg das Land nach der Ära Angela Merkels einschlägt. (...) Wer immer auch am Ende das Sagen hat, Berlin steht vor ernsthaften Herausforderungen, wenn es darum geht, produktive Investitionen und Innovationen im eigenen Land anzukurbeln, große Migrantenströme zu bewältigen, auf die zunehmenden strategischen Bedrohungen aus China und Russland zu reagieren und gute Beziehungen zu den Nachbarn sowie den USA zu pflegen. Während Deutschland sich auf langwieriges Koalitionsgerangel einstellt, kann man kaum den Schluss vermeiden, **dass Parteien und Wähler einen statischen Status quo einer klaren Neuausrichtung vorziehen**.“

„Rossijskaja“, Russland: Zwei triumphieren vor den Kameras

„Zwei Kanzlerkandidaten auf einmal – Olaf Scholz von der SPD und Armin Laschet von der CDU – traten triumphierend vor ihre Anhänger und bekundeten ihre Bereitschaft, die künftige Regierung zu führen. Bisher gibt es kaum Zweifel an einem Punkt: Deutschland wird eine Dreier-Koalition auf Bundesebene erhalten. Tatsächlich steht der wichtigste politische Kampf erst noch bevor. (...) Und viele Experten glauben, dass es wirklich früh ist, Laschet abzuschreiben. Zugleich erklärte der sozialdemokratische Kandidat selbstbewusst: ‚Die Bürger wollen, dass der neue Kanzler Olaf Scholz heißt.‘“

„El País“, Spanien: Eine Parteien-Ära ist in Deutschland vorbei

„Deutschland steht vor einer neuen Parteienlandschaft. Die Ära der Parteien, die 30 oder 35 Prozent der Stimmen erhielten und es sich leisten konnten, mit einem einzigen Partner zu regieren, ist vorbei. Die Auffächerung der Stimmen bei dieser Wahl hat eine ungewöhnliche Situation geschaffen, in der zwei Parteien bei 25 Prozent liegen und drei weitere sich zwischen 10 und 15 Prozent bewegen. Lässt man die rechtsextreme AfD, mit der sich niemand einlassen will, aus der Gleichung heraus, dann sind zwei gar nicht mehr so kleine Parteien entscheidend für die Bildung der nächsten Regierung. Die Grünen und die Liberalen der FDP halten den Schlüssel bei der Entscheidung, ob der nächste Kanzler Olaf Scholz oder Armin Laschet heißt.“

„El Mundo“, Spanien: Jetzt wird der Tango zu dritt getanzt

„Die erste Regierung der Ära nach Angela Merkel wird von den Parteien bestimmt werden, die bei der gestrigen Parlamentswahl in Deutschland den dritten und vierten Platz belegt haben. Das Recht auf Regierungsbildung kann niemand beanspruchen, aber es werden die Grünen und die Liberalen der FDP sein, die entscheiden, wer ins Kanzleramt einzieht: entweder die SPD mit ihrem knappen Sieg oder der konservative Block der Christlich-Demokratischen Union. Die Zeiten der großen Koalition sind vorbei, jetzt wird der Tango zu dritt getanzt.“

„Politiken“, Dänemark: Jetzt muss Deutschland beim Klima ernstmachen

„Die mit Abstand größte Aufgabe der nächsten Regierung ist es, Deutschland viel weiter in den Klimakampf hineinzubringen, als es jetzt ist. Das ist nicht nur für Deutschland entscheidend, sondern für die ganze EU. Als größtes Land und dominierende Wirtschaft der Union ist Deutschland entscheidend dafür, dass die EU bei ihrer grünen Umstellung in den kommenden Jahren ins Ziel kommt – nicht nur direkt durch seine eigenen Emissionen, sondern großteils auch als tonabgebendes politisches Machtzentrum. Die Grünen haben nicht die Wahl bekommen, von der sie geträumt haben. Aber die Wahl ist zu einer Klimawahl geworden.“

„Times“, Großbritannien: FDP wird für Ampel-Koalition hohen Preis verlangen

„Die Herausforderung für Olaf Scholz besteht darin, die wirtschaftsfreundliche FDP zu einem Pakt mit seiner SPD und den Grünen zu bewegen, die bereits signalisiert haben, dass sie gemeinsam regieren wollen. Dies würde zu einer „Ampel“-Koalition führen, benannt nach den roten, grünen und gelben Farben der drei Parteien. Allerdings würde die FDP einen hohen Preis für diesen Deal verlangen. Es wird erwartet, dass ihr Vorsitzender Christian Lindner darauf bestehen wird, das Finanzministerium zu kontrollieren und einige der Steuererhöhungen zu blockieren, die im Mittelpunkt der Wahlwerbung von SPD und Grünen standen. (...)

Die Grünen werden jedoch zögern, einige ihrer politischen Markenzeichen aufzugeben, wie zum Beispiel ein Verkaufsverbot für neue Benzin- und Dieselfahrzeuge ab 2030. Ihre Positionen zu Steuern und Ausgaben, einschließlich eines durch öffentliche Anleihen finanzierten 500-Milliarden-Euro-Investitionsprogramms, stehen in krassem Gegensatz zu denen der CDU und der FDP, die den Haushalt ausgleichen und die Steuersätze für Unternehmen senken wollen, um die Wirtschaft anzukurbeln, während sie sich von der Pandemie erholt.“

„Focus Online“: „Dünn wie eine Hühnersuppe ohne Einlage“

„Was das bürgerliche Lager von CDU und CSU da über mehrere Monate geboten hat, war die lausigste Vorstellung, die Konservative in diesem Land je hingelegt haben: Null Teamgeist. Keine Führungsleistung. Geschichtsvergessen wurde taktiert und finassiert. Die gedankliche Armut in allen wichtigen Zukunftsfragen war mitleiderregend. Es gab viele Einzelschlüsse, aber die politische Konsistenz blieb dünn wie eine Hühnersuppe ohne Einlage.“ dpa/lep/coh

Und schließlich noch ein Kommentar zur Wahl aus einem Querdenker Newsletter:

<https://nichtohneuns-freiburg.de/warum-wir-diesmal-zwei-bundestagswahlen-haben-und-nichts-besser-wird-der-podcast/> 25.09.21 - **Warum wir diesmal zwei Bundestagswahlen haben .. und nichts besser wird** ... Ein Podcast und Kommentar von Tom J. Wellbrock für apolut.net in Mitmachen Kürzlich war auf den NachDenkSeiten ein kleines Essay zu lesen (1). Darin kam die Ratlosigkeit des Autors Jens Berger zum Vorschein, die mich an meine eigene erinnerte.

Einerseits ist die Wahl offen wie selten, die Spitzenpositionen wechseln fast schon täglich.

Andererseits fragt man sich: Ja, und? Die programmatischen Unterschiede sind dahin. Was also tun?

Bittere Pillen in der Pralinenschachtel

Berger verwendete den Begriff der Pralinenschachtel, der einst von der Kunstfigur Forrest Gump geprägt wurde. Das Problem an dieser Schachtel ist der Inhalt. Denn statt süßer Schokohäppchen in unterschiedlichen Geschmacksrichtungen finden wir einen bunten Haufen bitterer Pillen.

Wir Wähler müssen nun - vorausgesetzt, wir vertrauen dem Prozess des Wählens überhaupt noch - entscheiden, nach welchen Kriterien wir unsere Wahlentscheidung treffen. Politik und Medien sind uns dabei nicht behilflich und damit sind wir schon beim ersten Problem.

Corona oder die Rente?

Eines zeichnet sich überdeutlich ab: Für die Politik im Wahlkampf ist die Krise zumindest zwischenzeitlich beendet. In Triells, Wahlarenen oder Faktenchecks spielt Corona einfach keine Rolle. Und auch der Wahl-O-Mat (2) schweigt sich zum Thema Nummer 1 schlicht aus. Wir müssen also einsehen, dass unsere Wahlentscheidung unabhängig von Corona getroffen wird. So vermitteln es uns zumindest Politik und Medien.

Das ist strategisch vielleicht nicht dumm, zeigt aber die Ignoranz und das Desinteresse der Politik am Wahlvolk. Und es ist infantil, vergleichbar mit dem kleinen Kind, das sich die Augen zuhält und davon ausgeht, nun von niemandem mehr gesehen zu werden. Corona ist nicht weg, und es ist ja ausgerechnet die Politik, die uns das täglich vorbetet. Aber irgendwie eben doch, weil die Krise in den Wahlkampfreden einfach keine Rolle spielt.

Müssen wir uns also entscheiden, ob wir unser Kreuz basierend auf der verheerenden Politik der letzten anderthalb Jahre machen? Oder doch eher auf der Grundlage programmatischer Punkte wie zum Beispiel der Rentenpolitik?

Die Rente ist sicher ... nicht sicher

Es waren ebenfalls die NachDenkSeiten, die in einer kleinen Serie die programmatischen Unterschiede der Parteiprogramme herausgearbeitet haben. Und die gibt es durchaus. Auf dem Papier. Andererseits erleben wir seit zig Jahren eine Politik, die kollektiv in eine Richtung führt: Privatisierungen und Abbau sozialer Errungenschaften wie zum Beispiel der gesetzlichen Rente. Einzig die Linke hat sich immer wieder damit hervorgetan, die soziale Frage in den Vordergrund zu stellen (dabei geradezu rekordverdächtig ausdauernd: Sahra Wagenknecht). Und auch in Sachen Friedenspolitik war die Linke lange standhaft. Jetzt aber wird auf eine sich selbst untreu werdende Art und Weise über die NATO diskutiert, und die Partei zeigt sich offen, die eine oder andere rote Linie ein kleines bisschen zu verschieben, wenn dabei denn womöglich eine Regierungsbeteiligung herauskommt. Der eigentliche Punkt dabei: Für die Partei „die Linke“ gilt, wie für alle anderen Parteien auch, dass das Wahlprogramm heute mehr denn je nichts weiter als ein Schmierzettel ist, auf dem nach der Wahl munter radiert, durchgestrichen und verändert wird. Am Ende wird – das hat gewissermaßen Tradition – nicht mehr viel übrig bleiben von den Argumenten, die uns zur Wahl der einen oder anderen Partei geführt haben.

Selbst mit einer Regierungsbeteiligung kann man davon ausgehen, dass die Privatisierung der gesetzlichen Rente durch die Linke nicht gestoppt werden kann. Und das hängt in erster Linie damit zusammen, dass die Entscheidung zur Privatisierung der Rente schon vor langer Zeit gefällt wurde und dahinter eine Lobby steht, die sich von der Bundesregierung – in welcher Farbkonstellation auch immer sie sich aufstellt – ganz sicher nicht die Butter vom Brot nehmen lässt.

Das ist ein systembedingtes grundlegendes Problem, das sich nicht ohne Weiteres aus der Welt schaffen lässt. Die Rente ist hier nur ein Beispiel von vielen, aber sie macht deutlich, dass ein Zurück zu einer umlagefinanzierten Rente nicht nur unmöglich erscheint, sondern mit jedem Tag und jeder Bundesregierung in weitere Ferne rückt.

Bloß nicht unterschätzen: die Corona-Politik

Auch wenn Politik und Medien so tun, als spiele Corona für die Wahlentscheidung keine Rolle, ist natürlich das glatte Gegenteil der Fall. Während wir zu vergangenen Zeiten tatsächlich programmatisch entscheiden konnten (mit all den Tücken, Stichwort: Schmierzettel), müssen wir uns jetzt mit zwei großen Themenfeldern beschäftigen.

Die programmatische Problematik wurde eben angedeutet. Fehlt also noch die „coronatische“. Und die hat es in sich. Denn wenn wir die Krise einmal Revue passieren lassen, müssen wir festhalten, dass am vorläufigen Ende (das längst nicht das endgültige ist!) faktisch keine positive Leistung der Politik

auszumachen ist. Das Krisenmanagement war und ist verheerend, Korruption, Inkompetenz, Engstirnigkeit und Verfälschungen von Tatsachen gehen Hand in Hand miteinander. Weder die zu-ständigen Politiker noch die angeheuerten Wissenschaftler haben es geschafft, einen Weg aus der Krise zu finden, der die Gefühlslage der Bevölkerung angemessen mit einbeziehen konnte (oder: wollte).

Die schlimmsten Verbrechen finden weiterhin statt, in erster Linie an den Kindern. Sie werden in vollem Bewusstsein zur Risikogruppe erklärt, die nur gerettet werden kann, wenn sie großflächig durchgeimpft wird. Entgegen jeder Evidenz erleben wir hier ein Experiment an den Kleinsten unserer Gesellschaft, das Folgen haben kann, die alles in den Schatten stellen könnte, was wir bisher kannten.

Und das ist keine Panikmache. Denn es ist schier unmöglich abzuschätzen, welche mittel- und langfristigen Auswirkungen die Impfungen auf die verschiedenen Bereiche der kindlichen Entwicklung haben werden. Das Argument kann im Übrigen nicht einmal mit der theoretischen Möglichkeit entkräftet werden, dass am Ende alles gut geht. Denn es bleibt ein Stochern im Nebel, das im besten Fall folgenlos oder mit erträglichen Folgen überstanden wird. Im schlimmsten Fall aber erleben wir demnächst oder in ein paar Jahren eine Katastrophe, die dann nicht mehr rückgängig zu machen sein wird. Mit Konsequenzen, die heute viel zu abstrakt sind, um ihre Bedeutung auch nur ansatzweise beurteilen zu können.

Das Wahlrecht – und ein paar andere Rechte

Das Wahlrecht also. Haben wir. Schön. Besser als keines zu haben. Aber wie sieht es sonst so aus mit unseren Rechten? Sie wurden uns entzogen, mal mehr, mal weniger. Alles für die Gesundheit. Ob dieses Entziehen von Grundrechten angemessen oder verhältnismäßig war und ist, spielt in der Debatte kaum eine Rolle. Wenn Merkel in einer Videoansprache in einem Nebensatz den Hinweis „Das ist eine angemessene und verhältnismäßige Handlung“ gibt, muss das reichen. Sie sagt so etwas natürlich nicht, weil sie inhaltlich davon überzeugt ist, sondern weil sie rechtlichen Schritten dagegen vorgreifen will. Und die Gerichte haben sich inzwischen ja auch eingerichtet in einem Raum, der an vielen Stellen rechtsfrei geworden ist. Wenn Stephan Harbarth (CDU) als Präsident des Bundesverfassungsgerichts mit Merkel diniert, obwohl gerade eine Klage gegen sie läuft, kann man davon ausgehen, dass beide nicht über die Schönheit der Alpen sprechen.

Demonstrationen, die sich gegen die Corona-Politik richten, sind inzwischen kategorisch verboten. Man muss sich das bewusst machen, und es ist zu befürchten, dass genau das in weiten Teilen der Bevölkerung nicht passiert. Schon beim „Hambacher Fest“ 1832 war es ein harter Kampf, öffentlich zu demonstrieren. Und seitdem zieht sich die Thematik durch die Gesellschaften, die immer wieder mit dem Demonstrations-, bzw. Versammlungsrecht haderten.

Genau genommen kann eine Versammlung überhaupt nicht verboten werden. Es gilt zwar (unter freiem Himmel), die Pflicht, sie anzumelden. Einer Genehmigung bedarf es aber nicht. Es sei denn ... ja, es sei denn, die öffentliche Sicherheit ist gefährdet. Und damit argumentiert die Politik, wenn sie unterstellt, eine Demo gegen die Corona-Politik sei aus Sicherheitsgründen zu verbieten.

Im sogenannten „Brokdorf-Beschluss“ stellte das Bundesverfassungsgericht 1985 fest:

In einer Gesellschaft, in welcher der direkte Zugang zu den Medien und die Chance, sich durch sie zu äußern, auf wenige beschränkt ist, verbleibt dem Einzelnen neben seiner organisierten Mitwirkung in Parteien und Verbänden im allgemeinen nur eine kollektive Einflussnahme durch Inanspruchnahme der Versammlungsfreiheit für Demonstrationen.

Nun könnte man einwenden, dass im Zeitalter des Internets durchaus die Möglichkeit direkter Einflussnahme besteht, kann sich doch jeder jederzeit äußern und statt die Nähe zu Medien zu suchen, selbst eines werden. Doch das ist kurzsichtig. Denn selbst Medien mit beachtlicher Reichweite, die man als alternativ bezeichnet, haben nicht einmal ansatzweise die Ressourcen für direkte Einflussnahme wie die klassischen Medien.

Der Punkt ist aber, dass in dieser Krise Versammlungen sehr selektiv verboten oder zugelassen werden. Es ist offenkundig, dass alles, was der Corona-Politik kritisch gegenübersteht, inzwischen in nahezu jedem Fall verboten wird. Mit der Aussicht auf mögliche Verletzungen der Hygieneregeln. Das Verbot erfolgt also nicht als Folge einer Tat, sondern durch die Annahme, dass eine Tat stattfindet. Da denkt man doch spontan an den Film „Minority Report“ (3).

Das wirklich Erschreckende an der derzeitigen Praxis von Politik und Gerichten im Zusammenhang mit Versammlungen ist die Geschichtsvergessenheit, mit der hier agiert wird. Nach Gutsherrenart werden Demos verboten, andere aber erlaubt. Sind sie dem Staat genehm, dürfen die Leute raus,

auch unter Verletzung der Regeln. Passen sie ihm dagegen nicht, wird verboten und notfalls geprügelt, was das Zeug hält. Und damit sind wir zurück am Ausgangspunkt der kommenden Bundestagswahl.

Was wählen?

Es scheint zwar im Jahr 2021 in Mode zu sein, Wahlempfehlungen auszusprechen. Ebenso wie der Hinweis darauf, dass diese Wahl womöglich die letzte Chance gegen die Klimakatastrophe ist. Wir müssen also so oder so wählen, sonst werden wir alle sterben. Beides reicht aber nicht aus, um auch an dieser Stelle Werbung für eine bestimmte Partei zu machen.

Die Frage, die wir uns stellen müssen, lautet: Welches Thema ist oder welche Themen sind so wichtig, dass sich daraus die Entscheidung für die Stimmabgabe ergibt? Womit wir dann zurück sind beim Artikel der NachDenkSeiten und der darin beschriebenen Ratlosigkeit.

Für Unterstützer der Corona-Politik ist die Wahl einfacher. Wer das bisherige Krisenmanagement der Bundesregierung und der Landesregierungen gutheißt und unterstützt, hat die freie Auswahl.

Lediglich ein paar kritische Stimmen aus der AfD oder der FDP trüben das Bild ein wenig, aber alles in allem ist die Gleichförmigkeit der etablierten Parteien eklatant.

Kritiker der Corona-Politik haben es schwer. Wollen sie all das, was Bundes- und Landesregierungen realisiert haben, von der Wahlentscheidung abkoppeln? Das ist eigentlich nicht möglich, wenn man sich klarmacht, was für weitreichende Konsequenzen uns noch bevorstehen. Denn die Geschichte lehrt uns, dass das Aussprechen von Einschränkungen deutlich einfacher ist als es später wieder zurückzunehmen. Als Kritiker der Corona-Politik muss man also diese Aspekte mit einbeziehen.

Dann allerdings bleibt eigentlich keine der etablierten Parteien mehr übrig.

Man muss auf eine der kleineren Parteien ausweichen.

Und dann ist da ja noch die programmatische Entscheidung. Sie ist bei Lichte betrachtet spätestens seit dem Ende Helmut Kohls nicht mehr aussagekräftig. Seit Schröder nach erfolgtem Auftrag, den Neoliberalismus einzuführen, den Stab an Merkel überreicht hat, haben sich die „Volksparteien“ SPD und CDU derart angeglichen, dass einem die Haare zu Berge stehen.

Übriggeblieben ist ein Haufen kleiner Parteien, die sich entweder über den Einzug in den Bundestag oder über das Überschreiten der Wählerstimmen von 25 Prozent feiern. Wir haben es nicht nur mit einer Pralinenschachtel voller bitterer Pillen zu tun, sondern darüber hinaus mit einem Tuschkasten, der neben Farbvielfalt nichts zu bieten hat, was der Bevölkerung zugutekäme.

Man könnte sich vor dieser Wahl die Frage stellen, wann welche Partei einmal etwas nachhaltig Gutes gemacht hat. Etwas Bleibendes, etwas Spürbares

- Eine vernünftige Lohnentwicklung vielleicht.
- Eine ernsthafte Stabilisierung der gesetzlichen Rente.
- Eine Verbesserung des Gesundheitssystems.
- Effektive Maßnahmen gegen Altersarmut, Kinderarmut, Armut überhaupt und/oder Obdachlosigkeit.
- Massive Investitionen in die Bildung womöglich, in die Infrastruktur.
- Verbindende Politik, die dem Frieden statt der Konfrontation zugewandt ist.
- Entwicklungshilfe, die den Namen verdient und dazu beiträgt, Abhängigkeiten wirtschaftlich schwächerer Länder zu reduzieren, ihnen mehr Eigenständigkeit zu ermöglichen.
- Weniger Ausgaben für die Rüstung, weniger oder besser keine Auslandseinsätze mehr.
- Bezahlbarer Wohnraum, langfristig und auch für kleinere Einkommen.
- Ein regulierter Arbeitsmarkt, der sicherstellt, dass Arbeit angemessen bezahlt wird und für ein auskömmliches Leben sorgt.

Die Fragen sind beliebig erweiterbar, jeder wird welche haben, die ihm unter den Nägeln brennen.

Was bleibt ... ist Ratlosigkeit.

Denn ganz nüchtern betrachtet muss man feststellen, dass in den letzten Jahrzehnten für den Großteil der Bevölkerung nur wenig besser, aber sehr viel schlechter geworden ist.

Der Wahlkampf bestätigt diesen Eindruck übrigens. Die Kandidaten gehen zwar aufeinander los und versuchen, die Konkurrenten schlecht aussehen zu lassen. Doch die Themen, die die Menschen betrifft – seit vielen Jahren schon, werden, wenn überhaupt, nur am Rande erwähnt. Man ist auf sich fixiert, immer in Habachtstellung und darauf bedacht, die rhetorischen Duelle zu gewinnen. Man lässt sich in Schulen mit Kindern fotografieren, die unter der Maske versteckt sind, macht gute Miene, die beste Miene, zum bösesten Spiel. Absurder geht es kaum.

Bezeichnend für die Niveaulosigkeit der derzeitigen Politik ist – als ein Beispiel von unzähligen – Armin Laschet. Er kommt plötzlich mit einem Team um die Ecke, politisch korrekt zusammengesetzt und darauf bedacht, irgendwie doch noch die Menschen zu erreichen. Mit einem Sofortprogramm.

Was aber sollen die Wähler von einem Sofortprogramm halten, das von einem Kandidaten kommt, dessen Partei 16 Jahre Zeit hatte, etwas zu tun?

Quellen:

1. <https://www.nachdenkseiten.de/?p=76035>
2. <https://www.youtube.com/watch?v=q1LpTUpEh1I>
3. https://de.wikipedia.org/wiki/Minority_Report
4. www.Apolut.net

Unser Kommentar: Obiger Link / Kommentar der Querdenker wäre, wenn er sich auf einer der sozialen mainstream-Plattformen, befände sicherlich auch schon gelöscht - so gerade geschehen auf facebook:

<https://www.tagesschau.de/inland/facebook-querdenken-101.html> 16.09.21 **Seiten von Corona-Leugnern - Facebook löscht "Querdenken"-Kanäle** - auch auf Instagram, aber nicht auf whatsapp

In einem beispiellosen Schritt hat Facebook etwa 150 Kanäle der "Querdenken"-Bewegung gelöscht. Diese seien für eine "koordinierte Schädigung der Gesellschaft" verantwortlich, verbreiteten Falschinformationen und stifteten zur Gewalt an. ... Es sei weltweit die erste gezielte Aktion, die sich gegen eine Gruppierung richte, die eine "koordinierte Schädigung der Gesellschaft" (Coordinated Social Harm) hervorrufe, erklärte Facebook-Sicherheitsmanager Nathaniel Gleicher.

Betroffen seien auch die Accounts von "Querdenken"-Gründer Michael Ballweg. Die Aktion richtet sich gegen "Querdenker" auf Facebook selbst und Instagram. Nicht betroffen ist der Chatdienst WhatsApp, der ebenfalls zum Facebook-Konzern gehört. Facebook-Manager Gleicher warf den "Querdenkern" vor, in koordinierter Weise wiederholt gegen die Standards von Facebook verstoßen haben. "Hierzu zählen die Veröffentlichung von gesundheitsbezogenen Falschinformationen, Hassrede und Anstiftung zur Gewalt."

Ballweg kündigte an, gegen die Löschung rechtlich vorzugehen. Man habe sich bereits in den vergangenen Monaten mehrfach gegen ungerechtfertigte Löschungen rechtlich zur Wehr setzen können. ...

Nachdem bereits diverse Personen - Journalisten, Blogger etc., die insbesondere „falsch“ über die Themen Covid-19, Lockdown und Einschränkung von Freiheitsrechten berichteten, wie Reitschuster, Bonelli, Kaiser, Kellner auf Youtube (Teil von Google) zensiert wurden, hat es jetzt rt news getroffen, die ich schon öfter als faktisch gute Beiträge gebracht habe - sind das faschistische Beiträge, oder ist das die Zensur selbst, weil da jemand gefährliche Wahrheiten, eher linke als rechte, beschreibt?!

<https://www.handelsblatt.com/technik/it-internet/videoplattform-youtube-sperrt-rt-deutsch-russland-droht-deutschen-medien-mit-vergeltung/27658424.html?ticket=ST-6251762-blzfuY4vKRrOczupRTJy-ap4> 28.09.21 Videoplattform **Youtube sperrt RT Deutsch – Russland droht deutschen Medien mit Vergeltung** - Nach umstrittenen Berichten über die Corona-Pandemie verbannt Youtube den russischen Sender RT Deutsch. Russland will nun zurückschlagen.

Moskau, Berlin Zwischen [Russland](#) und [Deutschland](#) droht ein „Medienkrieg“. Nach der Sperrung der Youtube-Kanäle des russischen Staatssenders RT Deutsch durch die [Google](#)-Tochter droht das russische Außenministerium deutschen Medien in Russland mit möglichen „symmetrischen Gegenmaßnahmen“. Die Bundesregierung bestreitet jede Einflussnahme auf die Entscheidung von Youtube. ...

Der Sprecher der Bundesregierung, Steffen Seibert, sagte indes, bei der Sperrung handele es sich um eine Entscheidung von Youtube. Die Bundesregierung habe damit nichts zu tun. Wer anderes behaupte, bastele sich „eine Verschwörungstheorie“ zurecht. ...

Unser Kommentar: Seibert lügt. Die Wahrheit ist, dass die privaten Plattformen mit fast schon Monopol-Charakter bekanntermaßen Beiträge auf Druck unserer Regierung mit dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz unter dem Vorwand gegen Hass und Hetze vorzugehen löschen, tatsächlich aber systematisch Beiträge mit der „falschen“ Meinung, u.a. gegen die Corona-Maßnahmen / Lockdowns. Am schnellsten werden unsere Beobachtung nach die „gefährlichsten“ Beiträge gelöscht, nämlich solche, in denen nicht „Experten“, sondern echte renommierte Fachleute unliebsame Wahrheiten darlegen und diese auch noch mit harten, nachprüfbaren Fakten und Zahlen belegen - einer Demokratie unwürdig.

Dass die Hetze gezielt und initiiert durch unsere Bundesregierung erfolgt, belegt auch deren Broschüre „Schwarzrotgold - Das Magazin der Bundesregierung“, Ausgabe 2021-2 „Demokratie“, welche ein Hohn, die ich passenderweise beim Besuch des Grabes meines Vaters / BfT-Vorsitzenden Dr. Ludwig Lindner fand - in der Friedhofsgärtnerei ... finanziert durch unsere Steuergelder, in dem unter der persönlichen Schirmher*innenschaft unser - Gott sei Dank bald nicht mehr - Kanzlerin Merkel - Vorwort mit

BfT Newsletter 30.09.21 / Presse Highlights Bundestagswahl & Politik(er) 2021 spezial Teil 3 - Seite 15 von 16

Bild von ihr, lächelnd, u.a. die Passage rechts veröffentlicht wurde. Darin Hass und Hetze basierend auf Lügen gegen Andersdenkende einschl. kritische Journalisten; dazu „Wissenschaftsfeindlichkeit“, wenn man (auch fakten-basiert) anderer Meinung in Sachen der Corona- und Klima-Politik ist, protegiert durch die Bundesregierung Merkel - man möchte ausspucken.

Leider haben wir mit unser provozierenden Überschrift im letzten Jahr: „Nachrichten & Kommentare zu Politik

/ Corona Spezial 10. Mai 2020 - Deutschland / Europa - sind wir auf dem Weg in eine (Meinungs-)Diktatur?!“ noch mehr recht gehabt als wir dachten. (s. http://www.buerger-fuer-technik.de/NachrichtenKommentarePolitikCoronaSpezial_DEaufdemWege_100520x.pdf), ebenso mit unserem Aufruf „Nachrichten & Kommentare zu Politik / Corona Spezial 29. Mai 2020 - Sonderthema Schule, Schüler, Bildung – Lockdown - Auswirkungen, Strategien? Unser Aufruf: Öffnet endlich unsere Schulen und Kitas wieder – ganz regulär!“ (s. http://www.buerger-fuer-technik.de/Nachr&Komm_PWGCs_Schule_20200529+.pdf)

Mit unserer Meinung bzgl. unverantwortliches Handeln gegenüber unseren Kindern, Zensur, rechtswidrige Grundgesetzeinschränkungen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch unsere Regierenden und ihre Helfer stehen wir alles andere als alleine da, wir erhalten Schützenhilfe von sehr vielen Menschen, konservativen bis hin zu Sarah Wagenknecht, echten Experten wie Bhakdi, normalen Bürgern und Eltern ... s. auch <https://de.rt.com/inland/125111-wagenknecht-youtube-und-facebook-entscheiden/> 01.10.21 Wagenknecht zu RT-Löschung: YouTube und Facebook entscheiden jenseits demokratischer Kontrolle, <https://de.rt.com/inland/125126-jurist-dr-unzicker-youtube-verstosst/> 01.10.21 Jurist Dr. Unzicker: YouTube verstößt gegen Artikel 5 des Grundgesetzes - nur einige Beispiele.

Nun werden auch Beiträge gelöscht, in denen der rechtmäßige Ablauf der Wahlen bei uns, insbesondere der Briefwähler in Zweifel gezogen wird - ist da was dran? Gemäß welt.de gibt es Hinweise auf massive Unregelmäßigkeiten bei den Wahlen in Berlin - war das sogar vorsätzlich?

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article234112852/Berliner-Wahl-Chaos-Viele-ungueltige-Stimmen-in-99-Wahlbezirken-Pankow-wird-neu-ausgezaehlt.html> 30.09.21 **BERLINER WAHL-CHAOS** - Auffällig viele ungültige Stimmen in 99 Wahlbezirken – Pankow wird neu ausgezählt

Warteschlangen, zu wenige Stimmzettel, Menschen, die vor der Wahl bereits Prognosen sehen konnten und ihre Wahlentscheidung daraufhin ändern: Der Wahltag in Berlin lief katastrophal. Einer der größten demokratischen Skandale der Republik. Jetzt ist die Landeswahlleiterin zurückgetreten. In den Tagen nach der Wahl zum Bundestag und zum Berliner Abgeordnetenhaus kommen in der deutschen Hauptstadt immer neue Ungereimtheiten und Unregelmäßigkeiten ans Licht.

... sind in mehreren Wahlbezirken ungewöhnlich viele ungültige Stimmen aufgelaufen, zum anderen wurden in mindestens einem Berliner Wahlbezirk (Charlottenburg-Wilmersdorf) Schätzungen statt Wahlergebnisse veröffentlicht. ... laut einer Datenanalyse. Diese ergab, dass in mindestens 99 Berliner Wahlbezirken ungewöhnlich viele ungültige Stimmen bei den Wahlen am Sonntag gezählt wurden. Betroffen davon waren dem Bericht zufolge mindestens 13.120 ungültige Stimmen bei allen Wahlgängen. Die Datenauswertung belegt damit wiederholte Berichte über falsche Stimmzettel ...

Und schließlich noch die „Liste der 250 größten Menschenfeinde. Ich sag's euch ganz ehrlich, bei vielen von denen würde eigentlich nur eine Entnahme helfen. So macht man das auch mit gefährlichen Tieren, die Siedlungen zu nahe kommen. Diese Menschen sind viel gefährlicher als jedes Tier.“

Liegt uns als .pdf vor, 250 kritische Journalisten, Politiker, Prominenten und einige „Unverdächtige“, Verfasser „Der vollständig Geimpfte <die250@protonmail.com>“ unbekannt, wenn diese Morddrohung (mit Top 10) Fake sein sollte, wäre es ein sehr schlechter Scherz, s. auch <https://reitschuster.de/post/todesliste-kurz-vor-der-wahl/>, https://twitter.com/Birgit_Kelle/status/1440798598870958091?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1440798598870958091%7Ctwgr%5E%7Ctwcon%5Es1_&ref_url=https%3A%2F%2Fexxpress.at%2Fschock-im-wahlkampf-finale-todesliste-mit-250-namen-aufgetaucht%2F und <https://exxpress.at/schock-im-wahlkampf-finale-todesliste-mit-250-namen-aufgetaucht/> ... von Ignoranz, Missgunst, Neid zu Hass und Hetze ...

Wo bleibt der Aufschrei von unserem Bundespräsidenten Steinmeier sowie Merkel, Maas, bis hin zu Böhmermann / unseren GEZ-Medien, die doch so gegen Hass und Hetze im Internet sind?!

Emcke: Waren Sie schon einmal auf einer Hygiene-demo? Da sind Menschen, die sich nur noch über Telegram oder Youtube informieren. Von denen liest oder sieht niemand etwas, das wir für Journalismus halten würden. Die Wissenschaftsfeindlichkeit dort ist nicht nur in einer Pandemie fatal, sondern auch angesichts der Klimakrise.